Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 200 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Montag, 4. Juni 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 50—52. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man abonniert beim Verlag. Bezugspreis 12000 ℳ monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder etwaigen Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1500.— ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Behördenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

4. 6. a Nr. 253 200
62. Jahrgang.

David Lloyd George:

XIX. Rußland.

(Nachdruck verboten.)

(Copyright by United Press Associations of America in all countries except Great Britain; copyright in Great Britain by London „Daily Chronicle"; reproduction in full or in part prohibited.)

Es freut mich aufrichtig, daß die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und der Sowjetregierung den beiderseitigen aufrichtigen Wunsch anzudeuten scheinen, zwischen England und Rußland ein besseres Einvernehmen herzustellen.

Wie jeder revolutionäre Schrecken, machte auch die bolschewistische Epidode als grausiger böser Geist die Welt geistweise erschauern. Sie hat der Zivilisation einen überaus großen Dienst geleistet, sie brachte durch ihre Schrecken die Demokratie gerade in dem Augenblick zur Gesundung zurück, als die neue Reichsherrlichkeit sich anschickte, geistiger Verwirrung zu nähren begann.

Bei unserer Haltung gegenüber der Sowjetregierung müssen wir jedoch eins ständig berücksichtigen. Uns kommt es nicht so sehr auf die russische Regierung wie auf das russische Volk an, und augenblicklich stellt die bolschewistische Verwaltung den einzigen Vermittler für den Verkehr mit diesem mächtigen Volk dar. Solange sie die einzige feste Autorität in Rußland bleibt, trifft jeder feindselige Akt gegen sie auch Rußland.

Wie wir 1919 erfahren haben, kann man gegen die Regierung eines Landes keinen Krieg führen, ohne das Land zu vernichten und sich das Volk zu entfremden. Ebenso kann man sich jetzt nicht weigern, mit ihm Handel zu treiben, ohne es zugleich der Waren — und besonders der Ausrüstungsgegenstände — zu berauben, die für sein Wohlergehen wesentlich sind. Darum ist das Volk der einzig Leidtragende, und dieses Volk würde sich schließlich einmal gegen all die Leiden auflehnen. Regierungen kommen und gehen, aber die Nation bleibt ewig bestehen.

Das russische Volk verdient — besonders von seiten der alliierten Nationen — jede nur erdenkliche Sympathie und Rücksichtnahme. Nicht nur deshalb, weil es die Herrschaft einer tyrannischen Oligarchie ertragen muß, die ihren Willen mit grausamer Gewalt durchsetzt, sondern viel mehr wegen der Ursachen, die zur Errichtung dieser Tyrannei führten. Wenn die Frucht bitter ist, so dürfen wir nicht vergessen, wie sich das Pflanzen des Baumes zutrug. Es mag wie ein Hinweis auf alte Geschichte klingen, wenn man auf die Ereignisse vor acht oder neun Jahren zurückgeht, aber niemand kann Lehren verstehen oder seinem unglücklichen Volk Gerechtigkeit widerfahren lassen, ohne sich der Vergebenheiten zu erinnern, die zu der großen Katastrophe führten.

Diejenigen, welche jedes Nachsichtnehmen dem augenblicklichen Regime ablehnen, scheinen sich eingeredet zu haben, daß das vorrevolutionäre Rußland von einem milden, wohlüberlegten Despotismus regiert worden sei, der einem gutgeordneten Haushalt die Segnungen eines toleranten und gütigen Vaters erwies. Das ist in keiner Beziehung ein wahres Bild von den wirklichen Zuständen. Die Bolschewisten haben weder die Peter- und Paul-Festung aufgebaut, noch deren Kerker gegraben. Sibirien ist als Strafkolonie für politische Verbrecher — wenn überhaupt — so doch nicht zum ersten Male von den Bolschewisten benutzt worden. 1906 wurden ungefähr 45 000 politische Bekannte deportiert und mußten die Härten Sibiriens ertragen. Die Verfolgung verdächtiger religiöser Führer ist nicht erst von den Sowjets begonnen worden. Man kann auch nicht auf ihre Konto den Beginn der Pogrom-Methoden setzen. Abgesehen davon, wollen wir nicht vergessen, daß die Revolution durch die Unfähigkeit und Korruption des alten Systems und besonders durch die entsetzlichen Leiden und Erniedrigungen unvermeidlich geworden war, die dieser Zustand Rußland während des Großen Krieges auferlegte.

Der Palsologues „Memoiren eines Botschafters" gelesen hat, wird darin eine lückenlose Erklärung für den wilden Haß finden, mit dem sich die Revolutionäre auf alle stürzten, die mit der alten Ordnung irgendwie verbunden waren. Palsologue berichtet, wie das zahlose Heer in kritischer Stunde ohne Munition, Gewehre, Transportmöglichkeiten und oft ohne Verpflegung dastand. Es gab keine tapferen und hingebungsvollen Kämpfer für ihr Vaterland als die jungen Bauern, auf denen die russischen Heere von 1914—15—16 bestanden. Mit geringer artilleristischer Unterstützung und oft ohne solche, traten sie ohne Zweifel der an besten ausgerüsteten schweren Artillerie der West entgegen. In Millionen wurden sie von Granatfeuer und Maschinengewehren niedergemäht. Ihre Gesamtverluste betrugen bis zum September 1916 laut den Berichten zaristischer Generale fünf Millionen. In Wirklichkeit waren sie viel schwerer. Oft gingen die Truppen mit Stöcken bewaffnet in die Schlacht, weil das russische Kriegsministerium keine Gewehre für sie hatte. Beim Vorgehen lasen sie die Gewehre ihrer gefallenen Kameraden auf.

Dem treuen Heldentum dieser armen Bauern ist nichts im ganzen Kriege vergleichbar. Sie wissen jetzt, warum keine Gewehre, Granaten und Wagen da waren. Die völlige Korruption des Regimes ist der Welt durch unwiderlegbar urkundliche Beweise dargelegt worden.

Ich führe hier einige Stellen aus dem interessanten Buch von Palsologue an. In einem Auszug aus seinem Tagebuch heißt es: „Munitionsmangel bedeutet, daß die Artillerie in der Schlacht notwendigerweise eine unbedeutende Rolle spielt. Die ganze Last des Kampfes ruht auf der Infanterie, und das Ergebnis ist ein entsetzlicher Verlust an Menschenleben. Vor zwei oder drei Tagen sagte Lloyd George: „Und einer der Mitarbeiter des Großfürsten Sergius, so meinen zweiten Militärattaché Major Wehrlin: „Wir müssen jetzt die Verbrechen unserer Verwaltung mit dem Blute unserer Leute bezahlen!"

Ungefähr zu derselben Zeit sagte Großfürst Sergius, s. It. General-Inspekteur der Artillerie, bei einem Gespräch über die Tägliche Lage zum französischen Botschafter: „Wenn ich bedenke, daß diese Offenbarungen von Unfähigkeit das einzige ist, was unser artistokratisches System aufweisen kann, möchte ich Republikaner sein."

Wenn sich ein Großfürst Anfang 1915 so äußerte, was muß wohl ein Bauernsoldat im Frühling 1917 gedacht haben, nachdem Millionen seiner Kameraden als Folge dieser Unfähigkeit hingeschlachtet worden waren."

Der Hinweis auf die Tatsache, daß unsere Armee zu jener Zeit auch an Munitionsmangel litt, ist zwecklos. Das britische Heer war klein und auf der Basis eines Expeditionskorps von sechs Divisionen organisiert. Das russische Heer war auf der Basis von hundert Felddivisionen organisierte Streitmacht von Gestellungspflichtigen.

Ich entsinne mich unserer eigenen militärischen Berichte von den russischen Fronten sehr wohl. Es gab darin viel Schmeichelhaftes zu lesen. Sie erfüllten einen mit Mitleid für die Millionen tapferer Leute, welche die Opfer von Korruption und Dummheit in den hohen Stellen waren.

Ich erinnere mich einer Aeußerung gegenüber unserem General, welche die ganze gefühllose Gleichgültigkeit verrät, mit der Leute von Rang die entsetzlichen Opfer an Menschenleben in den Reihen treu ergebener Soldaten zu behandeln schienen, von Soldaten, die dem Tod ohne Murren ins Antlitz sahen, weil es „Väterchens" Wille war. Jedenfalls, wenn unser Offizier wegen der riesigen Verluste an Menschen, die ihn mit Bestürzung und Schrecken erfüllten, besorgte Fragen stellte, war die stehende Antwort: „Verstehen Sie denn nicht, daß wir sie einfach ersaufen. Menschen haben wir, Gott sei Dank, auf alle Fälle genug." Entsetzen durchschauert einen, wenn man eine solche Antwort liest. Das ist der Grund, weshalb man zweieinhalb Jahren die geduldigen Leute im Felde schließlich meuterten. Und deshalb haben ihre Brüder und Väter sich an Feldern sie auch unterstützt. „Väterchen" hatte sie im Stich gelassen, sich seine Gnadlinge hatten sie verraten.

Eine schmutzige und grausige Geschichte ist's von Unverschleiern. Mißwirtschaft und unmenschlichem Verrat. Millionen britischen und französischen Geldes gingen durch schamlose und offenbare Verschleuderung, während die Soldaten im Felde aus Mangel an dem, was mit dem Gelde hätte gekauft werden können, ihre ungeschützte Brust und ihre bloßen Fäuste den furchtbaren Artillerie der West darboten. Wenn das übrige Geld wenigstens vernünftig angewendet worden wäre, wäre es selbst bei verschwenderischen Gewinn noch genügt, um die Armee vor Vernichtung zu retten. Aber unglücklicherweise nahm man kein Interesse an irgend etwas außer dem Betrug und der Ausbeutung des „Taschengeldes". Das schien der Hauptzweck der Transaktion zu sein.

Außer der unvermeidlichen Bestechung war nichts in Ordnung. Es gab ehrenhafte und aufrechte Leute, die für ihr zerrissenes und ausgeplündertes Land ihre Pflicht taten, aber sie waren in dem Strom der Korruption hilflos. Kein Wunder, daß ein bedeutender russischer Industrieller beim Kriegsministerium als wahrscheinliche Folge des traurigen Versagens des Zarismus im Juni 1915 eine Revolution mit allen Zeichen der fürchterlichsten Anarchie" voraussagte. „Wir werden", fügte er hinzu, „die Tage von Pugatschew wiedererleben und vielleicht Schlimmeres." Eine überraschende Prophezeiung, die sich mit furchtbarer Genauigkeit bewahrheitete.

Es ist nicht angenehm, diese fürchterlichen Episoden ins Gedächtnis zurückzurufen, durch die der Zar in einer Zeit in den Tod ging, wo Hingebung entblüht wird. Aber diese Dinge sind wesentlich für die richtige Würdigung der Ereignisse. Es gibt keine größere Grausamkeit als die eines Volkes, das herausfindet, daß man sein Vertrauen die ganze Zeit über getäuscht hat. Die Vergeltung war in jeder Beziehung entsetzlich. Aber die Provokation übrigt war genau so entsetzlich. Für eine faire Beurteilung Rußlands muß das in Rechnung gezogen werden.

Ich glaube daher, daß die englische Regierung die richtige Auffassung von ihrer Verantwortlichkeit hat, wenn sie durch den Außenminister mit dem hiesigen Vertreter der Sowjetregierung Verhandlungen anknüpft. Man kann sich den Enthusiasmus nicht vorstellen, Beifall durch die melodramatische Erklärung erwecken, daß man nie „den Mord die Hand reichen" wird. In der Praxis ist diese Politik immer verfehlt gewesen. Den kühnen diese Doktrin einst in einem berühmten Ausspruch ab, als er wegen seiner Verbindung mit dem „Bewußtwinderer" der französischen Revolution Verhandlungen anzuknüpfen, angegriffen wurde. Von dieser ruhigen und vernünftigen Haltung wurde er durch die flammende Beredsamkeit Burkes abgebracht, dem die Arroganz des siegreichen Revolutionäre zu Hilfe kam. Ribbesbetwoninger beweis die Folgezeit, daß Pitt recht hatte. Der französische Bolschewismus wurde weder durch fremde Heere geschlagen noch durch die britische Blockade zum Kushungen gebracht, sondern er wurde in die Arme Napoleons getrieben, und Europa hatte bitter durch die Torheit der Heilsporne auf beiden Seiten zu leiden. Es wäre für jene Generation besser gewesen, wenn sie auf den weisen Rat William Pitts gehört hätte.

(Fortsetzung siehe Seite 2).

Amtl. Dollarkurs: 76200.
Effekten und Devisen schwächer.

Mittwoch Beginn der Brüsseler Konferenz.

Baldwin bleibt den Besprechungen fern.

Paris, 3. 6. (T. U.)

Die Brüsseler Besprechungen zwischen Poincaré und den belgischen Ministern Theunis und Jaspar werden am kommenden Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, beginnen. Poincaré wird von dem Finanzminister de Lasterpie und dem Arbeitsminister Le Troequer begleitet sein. Außerdem werden sich Generäl Degoutte und der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, in Brüssel einfinden. Man nimmt an, daß die französischen Minister am nächsten Tage wieder nach Paris zurückreisen werden.

Die Meldungen, wonach der englische Ministerpräsident Baldwin die Absicht hätte, nach Paris zu kommen und die Reise nur an die Bedingung knüpfe, daß seine Verhandlungen hier Aussicht auf eine Verständigung bieten müßten, wird von London aus dementiert. Es sei vorläufig überhaupt mit einer Reise Baldwins nach Paris zu rechnen.

Die Brüsseler Besprechungen werden an die belgische Deutschheit anknüpfen, die am Dnai d'Orsay seit einigen Tagen studiert wird. Es handelt sich darum, einen „Verzweiflungsrat" für die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes zu schaffen, aufgrund der Mindestprogramm ausgearbeitet, das den zu erwartenden neuen deutschen Vorschlägen unbedingt entgegengehalten werden kann.

Das Programm der „großen Woche".

Eine lügenhafte französische Reparationsberechnung.

S. **Paris**, 4. 6. (Eigenbericht.)

Eine große diplomatische Woche beginnt, so schreibt heute der „Gaulois". Die Reise Poincarés nach Brüssel, die neue deutsche Note, ein neuer belgischer Reparationsplan und die vom „New York Herald" gestern veröffentlichte Information, wonach England die französisch-italienischen Schulden unter gewissen Bedingungen gegen seine eigenen gegenüber Amerika kompensieren möchte, kennzeichnen die Aufgaben, die der Diplomaten in dieser Woche harren. Die wenige Zusammensetzung, so erwartet man allgemein, wird ebenfalls recht stürmisch verlaufen, besonders wegen der Fortsetzung der Interpellation der Linken gegen die Regierung. Der „Figaro" unterscheidet heute ausdrücklich zwischen der Ruhraktion, die nur 40 Millionen Einwohner zählende Frankreich mit seinen zehn verwüsteten Departements in vier Jahren diese 32 Milliarden aufgebracht hätte.

Das „Echo de Paris" greift auf die Reichstagsrede vom 15. Mai zurück, um kurz so und so vielen Male wiederum die Forderung zu erheben, Deutschland müsse entwaffnet werden, und fügt hinzu, auf anderer Seite würde bei der besonders bestehenden diesbezüglichen Ausstrache der Botschafterkonferenz mit aller Schärfe für diese Forderung eingetreten werden. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, bleibt abzuwarten, denn einmal hat die englische Regierung wiederholt offiziell erklärt, daß Deutschland den Entwaffnungsbedingungen vollkommen nachgekommen ist, um zum anderen sollte doch allmählich auch das „Echo de Paris" klar werden, daß es dem General Nollet einen schlechten Dienst erweist, wenn es ihm immer wieder Gelegenheit gibt, zu beweisen, daß Deutschland nicht entwaffnet habe und überhaupt nicht daran dächte, die Waffen abzuliefern.

*

Die Milchmädchenrechnung des „Matin" kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Deutschland hat nach einwandfreien Feststellungen vom 11. November 1918 bis 30 September 1922 geleistet in Milliarden Goldmark: Aus vorhandenen Beständen 29,4, aus volkswirtschaftlichem Vermögen und aus laufender Produktion 11,1, Barzahlungen 2,1 Sonstiges 3,3, insgesamt also 46 Milliarden. Rechnet man die seither geleisteten Zahlungen hinzu, so nähern wir uns einer Gesamtsumme von 50 Milliarden. Die Zahlen des „Matin" können nur zum irreführend und betrügerisch zurückweisen.

Baldwin hofft auf eine persönliche Aussprache mit Poincaré.

S. **Paris**, 4. 6. (Eigenbericht.) Der englische Premierminister Baldwin erklärte in einem Interview mit Millet im „Petit Parisien", daß er voraussichtlich Gelegenheit zu finden, über das Schuldenproblem sich mit Poincaré persönlich aussprechen zu können. Bis dahin werde er, soweit das Reparationsproblem, noch irgend ein mit der Besitzergreifung im Zusammenhang stehendes Problem unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten können. England sei an der Frage der Sicherheit Frankreichs und Belgiens interessiert, besonders im Interesse des europäischen Friedens. Die zu lösenden Schwierigkeiten aller europäischen Fragen seien groß, aber nicht unüberwindlich. Was persönlich sei es im vergangenen Winter gelungen, die heikle Frage der englisch-amerikanischen Schulden zu lösen; ebenso hoffe er auch auf einen Erfolg in den europäischen Fragen.

Londoner Pessimismus.

Meinungsaustausch mit den Alliierten und Revision des Januarplans angestrebt.

A. **London**, 4. 6. (Eigenbericht.)

Innerhalb der englischen Regierungskreise sind Vorbereitungen im Gange, die sich auf eine Revision des Januarplanes beziehen. Es handelt sich dabei offenbar in erster Linie um die Erledigung der englischen Zugeständnisse in der alliierten Schuldenfrage, die nicht überraschend kommen würden. Daneben wird auch versucht, gewisse Einzelheiten des Januarplanes der gegenwärtig in Paris und Brüssel herrschenden Gedankenlinie besser anzupassen. Das Bestreben, sich mit den beiden alliierten Hauptmächten zu verständigen, wird in London zweifellos stark empfunden. Die Meldung, daß eine Reise Baldwins nach Paris bevorstehe, wird auf englischer Seite zwar dementiert, aber es ist durchaus denkbar, daß London offiziell den Wunsch aussprechen wird, vor Beantwortung der deutschen Note Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch zu haben. Aus den Ausführungen des Pariser „Times"-Korrespondenten und anderen Anzeichen scheint hervorzugehen, daß diese Bemühungen um eine Verständigung von englischer Seite nicht unwahrscheinlich sind, da tatsächlich die Befürchtung besteht, daß auch diesmal Frankreich mit der sofortigen Ablehnung der deutschen Vorschläge die übrigen Alliierten vor eine vollendete Tatsache stellen könnte.

Das Hauptinteresse richtet sich hier gegenwärtig auf den belgischen Plan. Nach dem „Daily Telegraph" werden die den Belgien vorgeschlagenen Jahresleistungen von 2½ Milliarden Goldmark (exkl. Kohlenlieferungen) auf englischer Seite wenigstens . . . für den Anfang als „ziemlich hoch" betrachtet, besonders, da die Besprechung besteht, daß auch diesmal Frankreich mit der sofortigen Ablehnung der deutschen Vorschläge die übrigen Alliierten vor eine vollendete Tatsache stellen könnte.

Das Hauptinteresse richtet sich hier gegenwärtig auf den belgischen Plan. Nach dem „Daily Telegraph" werden die den Belgien vorgeschlagenen Jahresleistungen von 2½ Milliarden Goldmark (exkl. Kohlenlieferungen) auf englischer Seite wenigstens . . . für den Anfang als „ziemlich hoch" betrachtet, besonders, da auch die französischen Sachverständigen für die ersten Zahlungen nur mit 1,7 Milliarden Goldmark gerechnet haben. Das System der belgischen Monopolvorschläge stößt hier weiterhin auf Bedenken, da der im Gegensatz zu der Exportabgabe nur Papiermark ablieferm würde. Außerdem sei zu erwägen, ob man in einem derartigen Falle gewisse Lurusausgaben auf Tabak und Getränke überhaupt weiterhin besteuern könnte, um den Konsum nicht vollkommen zum Verschwinden zu bringen. Hinsichtlich der von der deutschen Wirtschaft zu leistenden Garantien trägt man sich in London, wie die deutsche Regierung den Kapitalverkehr dieser Bürgschaften kennen wolle und in welcher Weise es möglich sein sollte, die investierten Goldmarkkapitalien von Papierkapitalien zu unterscheiden.

Im ganzen betrachten die Londoner Blätter, von dem konservativen „Expreß bis zum liberalen „Daily Herald", die Möglichkeit einer Lösung durchaus pessimistisch. Besonders wird die Lage in Berlin als vollkommen verworren geschildert, wobei man Stresemann hinzusetzen muß, daß die Klarheit der Pläne und Ziele auch der übrigen Hauptstädte nicht sehr groß erscheint. Alles deutet darauf hin, daß Frankreich genau wie beim ersten Angebot sich auf seinen Standpunkt versteift und daß die übrigen alliierten Regierungen demgegenüber ziemlich ratlos sind. Die Besprechungen Poincarés mit den Brüsseler Ministern werden daher voraussichtlich nicht sehr viel mehr als eine Informationsmöglichkeit sein.

Vor einer Regierungserklärung über die Reparationsfrage.

Paris, 4. 6. (T. U.) Der „New York Herald" berichtet aus London: Stanley Baldwin und Lord Curzon werden, wie man glaubt, im Laufe dieser Woche im Unterhaus die Stellung der neuen Regierung zu dem Reparationsproblem bekanntgeben. In politischen Kreisen gibt man sich der Erwartung hin, daß Baldwin den von Bonar Law des Pariser Konferenz vorgelegten Plan in seinen Hauptlinien beibehalten werde. Weiter verlautet, daß der Premierminister die Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkommission sowie Beurteilung der technischen Zahlungsmöglichkeit nicht weiter bekämpfen werde. Schließlich wird behauptet, daß Baldwin den Vorschlag von Lord Robert Cecil unterstütze, wonach das Rheinland zu enmilitarisieren sei und der Völkerbund die Oberhoheit über dasselbe übernehme. (?)

Hoffnungen auf Baldwins „stärkeres Rückgrat".

London, 3. Juni. (W. T. B.)

Sunday Times" und „Observer" leben in ausführlichen Artikeln die Notwendigkeit einer unverzüglichen Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage durch die neue britische Regierung hervor. „Sunday Times" erklärt: Wenn eine europäische Katastrophe abgewendet werden solle, müsse eine rationelle Regelung in Deutschland erzielt werden. Es bestehe ein starker und nicht unvernünftiger Glaube, daß unter Baldwin die britische Politik mehr Rückgrat erhalten werde als während der letzten sechs Monate.

„Observer" schreibt, vor Baldwin eröffne sich das größte Gelegenheiten, die sich je einem Staatsmann mit einer Nation hinter ihm geboten habe. England könne nicht länger mit gelähmten Händen der dem europäischen Durcheinander stehen. Die deutsche Regierung wisse, daß sie eine ernstliche Anstrengung unternehmen müsse, um zu einer Regelung zu gelangen. Die Franzosen begännen einzusehen, daß bajonette wirtschaftliche Probleme nicht lösen können. Die belgische Regierung wünsche endlich endgültig eine Regelung und Italien nicht weniger. Poincaré habe Pash, Bolschewismus, Not und Verbänganis gesät. Frankreich werde nie so viel erhalten, wie es erhalten hätte, wenn die Ruhrbesetzung nicht erfolgt wäre.

Belgiens Schulden an Amerika.

New York, 4. 6. (T. U.) Wie hier verlautet, hat die belgische Regierung der amerikanischen Regierung, ihre Schulden an Amerika auf der gleichen Grundlage wie die englischen Schulden zu konsolidieren, d. h. Belgien wünscht, daß die Rückzahlung der Schulden auf 62 Jahre verteilt wird.

Französische Sonntagsredner.

Poincaré unwirbt Amerika. — Loucheur will „mit Ehre und Gewinn" das Ruhrgebiet verlassen.

S. **Paris**, 4. 6. (Eigenbericht.)

Ueber die gestrigen zahlosen offiziellen und politischen Reden auch nur einigermaßen erschöpfend zu berichten, ist einfach unmöglich. Poincaré und Millerand sprachen bei der französisch-amerikanischen Feier in Chaumont über die Geschäfte der deutschen Propaganda in Amerika und die Freundesgüte Frankreichs. Poincaré sagte: „Als wir in das Ruhrgebiet einrückten, hat Amerika nicht einen Augenblick lang daran geglaubt, daß wir nur unsere belgischen Freunde in einem Eroberervahn verfallen könnten (!). Mit seinem bewundernswert praktischen Verständnis hat es sich im Gegenteil gesagt, daß wir ein Recht (!) hätten, uns vor allem auf uns selber zu stützen, wenn wir den Vertrag zur Erfüllung bringen wollten, und daß für eine Nation das beste Mittel zum Erfolge und zur Gewinnung der Achtung der anderen Völker das ist, zu wissen, was sie will. Die Amerikaner würden es nicht verstehen, daß Frankreich, das bei der dauernden Arbeit für den Frieden nicht die Mitwirkung fand, auf die es gehofft hatte, zögern würde, in den Grenzen des Vertrages die nötigen Schritte zu ergreifen, um Deutschland zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu zwingen (!)."

Der Innenminister Maunoury stellte in Metz noch einmal den falschen Willen Deutschlands fest, Marschall Foch weihte ein Kriegerdenkmal in Abbeville ein. Fayolle ließ sich in Lille feiern usw.

Bezeichnig verdient noch die Rede, die Loucheur gestern vor der Republikanischen Vereinigung in Maubeuge hielt, wobei er auch auf die Ruhrfrage zu sprechen kam. Es gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Frankreich das Ruhrgebiet trotz der Sabotageakte der Deutschen bald mit Ehre und Gewinn (?) verlassen werde, da Deutschland durch die Besetzung hart getroffen sei. Loucheur leistete es ab, die Regierungspolitik zu kritisieren; denn die Kritik sei leicht. Er wünsche ein Einvernehmen mit den Alliierten. Die Engländer seien gewiß große Opfer zu bringen, wenn auch Frankreich sich nicht zu unnachgiebig erweise. Die erste Frage, die geregelt werden müsse, sei die der interalliierten Schulden. Die deutschen Zahlungen dürften nicht geringer sein als jene Summen, die Frankreich zum vollständigen Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete brauche. Im Rheinland müsse eine „entpreußte" Zone (!) geschaffen und die Eisenbahnen dort müßten unter internationale Kontrolle (!) gestellt werden.

Frankreich lehnt die Saar-Untersuchung ab.

Paris, 3. 6. (T. U.)

Zur Saarfrage wird den „Temps" aus London gemeldet: Der französische Botschafter in London wurde gestern von Lord Curzon empfangen, dem er die Antwort der französischen Regierung auf die englische Note in bezug auf die Saarfrage überreichte. Diese Antwort ist ablehnend. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß eine Untersuchungskommission durch den Völkerbund in das Saargebiet, wie sie die englische Regierung vorschlägt, in Widerstreit mit den Rechten stände, die Frankreich durch den Versailler Vertrag erhielt. Der Botschafter erklärte gleichzeitig, daß die Verordnung vom 7. März, die von der Regierungskommission im Saargebiet erlassen wurde, nur eine vorläufige Maßnahme wäre. Da die Lage im Saargebiet sich jetzt günstig entwickelt habe, sei kein Grund dafür vorhanden, diese Verordnung nicht zu ändern oder selbst zur zurückzuziehen.

Ueber den Inhalt der Note erklärt Havas: Für die französische Regierung könne die Regierungskommission im Saargebiet nicht die Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, und die Notverordnung vom 7. März sei ihr zufolge vollkommen rechtsgültig. Im übrigen könne der Völkerbundrat, der auf seiner letzten Tagung vor einigen Wochen erst noch erneut das Mandat der Regierungskommission Frankreichs gestellt habe, heute nicht auf einmal diese Verwaltung tadeln, ohne gleichzeitig seiner eigenen Autorität als unparteiische Körperschaft Eintrag zu tun. Im übrigen werde der englische Protest alsbald gegenstandslos werden, da die von der Kommission getroffenen Maßnahmen bestimmungen bis auf weiteres aufgehoben werden sollen. Hierfür werde nur der Beschluß der Plenarsitzung der Kommission abgewartet, die sich durch die Abwesenheit des kanadischen Delegierten verzögert habe.

Was Frankreich an „Garantien" fordert.

Paris, 4. 6. (W. T. B.) Millet sieht sich durch die Erklärung des englischen Außenministers Baldwin über die französische und britischen Beziehungen veranlaßt, in seinem Artikel die Sicherheiten zu bezeichnen, von denen Stanley Baldwin spricht. Die dringendsten seien die, die sich auf der Reparationsfrage ergeben. Es handele sich darum, zu wissen, ob Frankreich und England wenigstens über die Gesamtheit der deutschen Schuld, als über die Möglichkeit, diese Schuld unter Berücksichtigung der alliierten Schulden zu bezahlen, sich einigen müßten. Es handele sich darum, ob England erkläre, daß es die Grundsätze annehme, an die Frankreich und Belgien durch die Ruhrbesetzung unwiderruflich gebunden seien, namentlich, ob wenigstens für eine gewisse Frist die Ruhrbesetzung, und zwar bis zu dem Zahlungstermin aufrecht erhalten werden könne, und ob von Deutschland die Bedingung des passiven Widerstandes verlangt werden könne, bevor die Verhandlungen aufgenommen würden. Die öffentliche Meinung in Frankreich aber bestehe sie sich ebenso mit dem Problem der Sicherheiten. Stanley Baldwin werde nicht übersehen sein, zu hören, daß die Mehrheit sich nicht mit einem praktisch allgemeinen Charakter begnügen würde, sondern daß sie auf dem linken Rheinufer loyale Garantien fordere.

Hochverratsprozeß Fuchs.

Selbstmord des Angeklagten Machhaus.

pn. **München**, 4. 6. (Eigenbericht.) Es gibt nicht mehr den Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus, sondern nur noch den Prozeß Fuchs. Der Kapellmeister Hugo Machhaus, der zweite von den fünf Angeklagten, hat sich heute nacht mit seinem Leibriemen am Heizkörper seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis erhängt. Das ist der zweite Selbstmord in dieser Sache. Zuerst erschoß sich der Syndikus des Kohlenhändlerverbands, der frühere städtische Rechtsrat Dr. Rübsel, in München. Durch diesen Selbstmord wurde die ganze Sache erst bekannt.

Professor Georg Fuchs, Dramaturg, Kunsthistoriker und Schriftsteller in München, plante eine militärische Absperrung Bayerns unter wohlwollender Neutralität Frankreichs und der Tschechoslowakei. Beabsichtigt waren ihm außer den beiden freiwillig aus dem Leben Geschiedenen der Kohlenhändler Munk aus Mährisch-Ostrau, der die Kohlenversorgung sichern sollte. Der Kaufmann Josef Berger aus Aich in Böhmen, Mitglied des Bücherbundes, mit dem Fuchs auch die anderen hochverräterischen Organisationen gewonnen zu haben glaubte, sowie die Brüder Richard und Rudolf Gutermann, junge Landwirte aus Memmingen i. Allgäu, die Geld hergeben sollten. Hilfe erwartete Fuchs ferner von Major a. D. Mayr, dem Leutnant a. D. Friedmann, dem Rittmeisterleutnant a. D. Kautter und dem Regierungsamtmann Tischler, der gleichfalls dem Blücherbund angehörte. Alle zusetzt Genannten machten nur scheinbar mit, um die Sache dann anzeigen zu können. Die letzte und wichtigste Person in diesem Prozeß war der den Beiden entwichene französische Generalstabsoberst und Saarkommissar Richert, der sich von der bayerischen Verschwörung die Loslösung Bayerns vom Reich und die Zertrümmerung Deutschlands erhoffte. Er kandidierte auch für den Posten eines französischen Gesandten in München.

Die Verhandlungen vor dem Volksgericht München begann heute vormittag. Sie wird voraussichtlich 8 bis 10 Tage dauern. 35 Zeugen sind geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Neithardt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Stellberg. Verteidiger sind die Rechtsanwälte Graf Pestalozza, Justizrat Kohl und Dr. Endraß.

Die russisch-japanischen Verhandlungen.

Fosses Bedingungen.

London, 4. 6. (W. T. B.)

„Times" berichtet aus Tokio, daß die durch den Sowjetvertreter Joffe auf Grundlage der Verhandlungen mit Japan angebotenen Bedingungen wie folgt zusammengefaßt werden konnten: 1. Gegenseitigkeit. 2. Russland ist nicht der Ansicht, daß es Konzessionen durch Garantien oder der Sicherheit des Lebens und des Besitzes von Ausländern zu ertaufen brauche. Eine solche Sicherheit müsse in den russischen Gesetzen, 3. der Vertrag von Portsmouth muß automatisch von dem Beginn der Tätigkeit der japanischen sibirischen Expedition ab als aufgehoben angesehen werden. 4. Die Sowjetregierung erachtet sich für Kriegsschulden nicht verantwortlich. 5. Rußland will Nordsachalin nicht verkaufen, ist jedoch bereit, es für eine Milliarde Goldrubel abzutreten.

Die Reparationsberatungen der Reichsregierung.

Die Beratungen der Reichsregierung über die Reparationsfrage scheinen dicht vor der Entscheidung zu stehen. Es verlautet, daß in dem neuen Angebot wohl eine bestimmte Endsumme noch nicht genannt, aber Zahresleistungen gegeben sei, daß vielmehr die Reichsregierung bereit sei, internationalen Sachverständigen die direkte Wirtschaft soll, wie es heißt, nicht auf die Dauer von zehn Jahren für eine Gesamtsumme von fünfhundert Millionen Goldmark eine dinglische Garantie übernehmen.

Auf Grund der Mitteilungen, die den Reichstagsfraktionen von der Regierung zugegangen sind, haben die Vorstände einzelner Fraktionen heute im Reichstag Beratungen abgehalten. Die Sozialdemokratie wird aller Voraussicht nach an ihrer früheren Auffassung festhalten, daß eine feste Endsumme von dreißig Milliarden Goldmark in den Angebot genannt werden müsse. Ueber die Aufstellung der einzelnen Parteien läßt sich im Augenblick noch nichts mitteilen.

Reichsverband und Gewerkschaften.

Zu der, von uns mit Vorbehalt wiedergegebenen Meldung einer Nachrichtenstelle, wonach zwischen Persönlichkeiten, die dem Reichsverband der deutschen Industrie angehören, und Gewerkschaftsführern Verhandlungen über die beiderseitige Stellungnahme in der Garantiefrage stattfinden, teilt uns der Reichsverband der deutschen Industrie mit, daß ihm von solchen Verhandlungen nichts bekannt sei. Die Gewerkschaftsleitungen erklären dasselbe. Auch der erwähnten Nachrichtenstelle soll es sich um Besprechungen zwischen zwei bekannten Politikern handeln, die aber nicht den Verständnis der Zentralorganisationen angehören.

Eine proletarische Hundertschaft.

Der Polizeivräsident teilt mit: „Bei den gestrigen Kommunistendemonstrationen, die am gestrigen Sonntag an verschiedenen Plätzen Berlins aber äußerst geringer Beteiligung stattfanden, wurde in Neukölln eine proletarische Hundertschaft beobachtet. Schußpolizeibeamten gelang es, der Hundertschaft sich bemächtigen. Dabei wurden sich bei der Marktpolizei in der Weichselstr. Mitglieder eines Kontrollausschusses bemerkbar, die, mit weißen Armbinden versehen, die Preise kontrollierten und herabzusetzen suchten. Schutzpolizeibeamte stellten die Kontrolleure fest. Strafverfahren gegen die festgenommenen Führer der Hundertschaft und gegen die Mitglieder des Kontrollausschusses sind bei der politischen Polizei im Gange.